

Berlin Brief

von Josip Juratovic, Mitglied des Deutschen Bundestages

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
sehr geehrte Damen und Herren,

die erste Woche nach der parlamentarischen Sommerpause war sehr ereignisreich: **Am Mittwoch hat das Bundesverfassungsgericht zum Vertrag über den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) geurteilt.** Es wurde klargestellt, dass der ESM-Vertrag nicht gegen das Grundgesetz verstößt. Das Bundesverfassungsgericht hat aber deutlich gemacht, dass die Rechte des Bundestages bei ESM und Fiskalpakt gestärkt werden. Damit fällt die Volksvertretung die letzte Entscheidung zu diesen wichtigen Themen. Die Haftungsgrenze Deutschlands in Höhe von 190 Milliarden Euro kann nur per Bundestagsentscheidung geändert werden. Der deutsche Vertreter im ESM-Rat muss Bundestag und Bundesrat umfangreiche Informationsrechte einräumen.

Nach diesem Urteil ist die Ratifizierung des Vertrags durch Deutschland möglich, der ESM ist bald einsatzfähig. Das ist eine gute Nachricht für Europa, aber auch für unsere Wirtschaft. Wir können es uns nicht leisten, dass europäische Staaten am Rande der Zahlungsfähigkeit sind oder gar pleitegehen. 60 Prozent unserer Exporte gehen in die EU. Wir sind daher auf starke Nachbarn angewiesen, mit denen wir Handel treiben. Wenn dieser Handel nicht mehr möglich ist, sind unsere Arbeitsplätze in Gefahr. Daher müssen wir ein ureigenes Interesse an einem starken Europa haben!

In dieser Woche war **Haushaltswoche**. Traditionell wird diese Woche dazu genutzt, um über den großen politischen Kurs zu debattieren. Auch in dieser Woche wurde deutlich: Die schwarz-gelbe Koalition ist so zerrissen und ziellos wie eh und je. Frank-Walter Steinmeier formulierte dies treffend: „Seit drei Jahren ertragen wir dieses erfolglose Bemühen einer Koalition, eine Regierung zu werden. Sie hatten nie ein gemeinsames Projekt, nie ein Thema, nie ein



Berlin-Brief, Ausgabe 123
14. September 2012

Meine Termine

18. Bürgerfest der SPD Eppingen-Mühlbach

16.09.2012, 12 Uhr, Bürgerhalle,
Eppingen-Mühlbach

Bürgersprechstunde

17.09.2012, 14 Uhr, Bürgerbüro Heilbronn,
Untere Neckarstraße 50

**Podiumsdiskussion der Wirtschafts-
junoren Heilbronn: Berlin im Dialog**

19.09.2012, 19 Uhr, Heilbronn, IHK, Ferdi-
nand-Braun-Straße 20

**Kreisparteitag der SPD Heilbronn-Stadt
und -Land mit Sozialministerin Katrin
Altpeter MdL**

20.09.2012, 19 Uhr, Neckarsulm, Genos-
senschaftsheim

**Bericht aus Berlin beim SPD-Ortsverein
Bad Wimpfen**

21.09.2012, 19 Uhr, Bad Wimpfen,

Josip Juratovic MdB

Abgeordnetenbüro

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030-227-70107

josip.juratovic@bundestag.de

Bürgerbüro

Untere Neckarstr. 50
74072 Heilbronn
Tel. 07131-783616

josip.juratovic@wk.bundestag.de

Im Internet:

www.juratovic.de

*Berlin-Brief regelmäßig per E-Mail bekom-
men? Einfach Bürgerbüro kontaktieren!*

wirkliches Ziel.“ Nur auf eines war immer Verlass: Jeden Sommer war die Regierung zerstritten. Jeden September verkündete Angela Merkel einen Neustart. Und dann kam es wie immer.

Derzeit streiten Union und FDP vor allem über die **Rente**. Arbeitsministerin von der Leyen hat Vorschläge für eine so genannte Zuschussrente vorgelegt, die von der FDP, aber auch von weiten Teilen der Union abgelehnt werden. So kann man keine ernsthafte Politik machen. So versucht nur Frau von der Leyen, sich selbst zu profilieren. Von der Leyen geht mit ihrem vermeintlichen Rentenkonzept das eigentliche Problem, das der Erwerbsarmut, nicht an. Der Grundstein für eine gute Rente ist gute Arbeit. Wir müssen Langzeitarbeitslosigkeit bekämpfen, allen Menschen eine Chance auf dem Arbeitsmarkt geben und gegen prekäre Arbeit und schlechte Löhne vorgehen. Auf all das hat von der Leyen keine Antwort. Für mich ist klar: Die gesetzliche Renten muss der stabile Kern der Alterssicherung bleiben. Die Rente wird aber ihre Glaubwürdigkeit nur behalten, wenn Menschen, die ein Leben lang gearbeitet haben, am Ende eine Rente bekommen, die über der Grundsicherung liegt. Die Zuschussrente hat derart hohe Anforderungen, dass kaum jemand sie erhalten würde. Wir brauchen daher eine Solidarrente, die tatsächlich die Menschen erreicht.

Ebenfalls zerstritten ist die Koalition beim **Umbau der Sicherheitsbehörden**. In dieser Woche tagte zweimal der Untersuchungsausschuss „Terrorgruppe Nationalsozialistischer Untergrund“. In der vergangenen Woche konnte ich Dr. Eva Högl, die Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion im Untersuchungsausschuss, in Heilbronn begrüßen. Unter anderem waren wir am Tatort des Mords an Michèle Kiesewetter, denn am Donnerstag war dies Thema im Untersuchungsausschuss. Klar ist schon heute, auch wenn die Arbeit des Untersuchungsausschusses weitergeht: Wir brauchen einen Mentalitätswechsel für den Verfassungsschutz, einhergehend mit einer inneren Reform, die zu einem stärkeren Fokus auf Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus führt. Für Ermittlungen bei Opfern mit Migrationshintergrund bedarf es klarer und verbindlicher Vorgaben. Bundesinnenminister Friedrich hat nur halbherzige Vorschläge vorgelegt, die zudem innerhalb der Koalition umstritten sind. Ich befürchte, dass Schwarz-Gelb auch hier handlungsunfähig ist. Dabei wäre hier ein entschlossenes Handeln so wichtig, um ein Zeichen zu setzen, dass eine solche Untätigkeit der Behörden gegenüber Rechtsextremisten nie wieder geschehen darf!

An dieser Stelle möchte ich **meinen langjährigen Heilbronner Mitarbeitern Jürgen Graner und Ines Schmiedl danken**, die neue berufliche Herausforderungen angenommen haben. In Heilbronn erreichen Sie ab sofort meine Büroleiterin Judith Gremmelspacher. Seit September arbeitet zudem Dr. Maja Lasić in meinem Berliner Büro.

Mit freundlichen Grüßen

